

Wahlprüfsteine des LSVD-Landesverbandes zur Bundestagswahl am 24. September 2017



1 LSBTI* in Deutschland stärken

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine aufgabengerechte Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsprojekten gesichert ist und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Angebote auch im ländlichen Raum zugänglich sind?

Die Projekte haben in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt heute viel positiver gesehen und mehr akzeptiert wird. Sie sind für viele LSBTI*, insbesondere Jugendliche, weiterhin eine wichtige Anlaufstelle etwa bei Konflikten im Rahmen des Coming-outs. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wurde kürzlich zwar ein historischer Schritt zur rechtlichen Gleichstellung erreicht, jedoch sind mit einer Gleichbehandlung vor dem Gesetz nicht automatisch eine vollständige Akzeptanz in der Gesellschaft und das Ende aller Diskriminierungen erreicht. Angebote zur Beratung und Unterstützung für LSBTI* bleiben nachwievor wichtig. Die SPD wird auf Bundes- wie Landesebene weiterhin für eine aufgabengerechte Finanzierung sorgen. Dazu setzen wir auf eine Fortsetzung des intensiven Dialogs mit den bestehenden Strukturen wie dem LSVD-Landesverband.

Beispielsweise mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereits Projekte gegen LSBTI*-Feindlichkeit. Gleiches gilt für die Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien oder auch die Studie „Coming-out - und dann...?!“. Manuela Schwesig hat als Bundesfamilienministerin hierzu nach der Bundestagswahl 2013 erstmals ein eigenes Referat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität“ eingerichtet, das seitdem innerhalb der Bundesregierung als Querschnittsreferat für die Belange von LSBTI* zuständig ist.

Insbesondere in den ländlichen Bereichen des Landes wird es gleichwohl schwierig werden, adäquate Angebote immer wohnortnah vorzuhalten. Hier ist in Abstimmung mit den Vereinen und Verbänden im Land darüber nachzudenken, inwieweit digitale Medien die in den Städten bestehenden persönlichen Kontaktangebote durch virtuelle Präsenz – zumindest für eine erste Kontaktaufnahme – ergänzen können. Dabei ist der von der SPD vorangetriebene Breitbandausbau im ländlichen Raum mit fachlich qualifizierten Beratungsangeboten, die online gut erreichbar sind, zusammenzuführen.

2 Familienvielfalt

Wollen Sie sich dafür stark machen, dass Regenbogenfamilien in Verwaltung, Jugendämtern und Schulen Anerkennung erfahren und gleichberechtigt neben anderen Familienformen wahrgenommen werden? Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie umzusetzen?

Die Rollenbilder von Männern und Frauen und auch das klassische Bild von Partnerschaft und Familie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Unsere Gesellschaft ist offener und vielfältiger geworden. Das ist gut so. Wir Sozialdemokrat*innen stehen für eine Gesellschaft, in der Chancengleichheit für alle Menschen besteht – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität.

Die SPD setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen, aber auch ohne von anderen ausgegrenzt oder diskriminiert zu werden. Die Vielfalt an Lebensentwürfen in unserem Land ist eine Bereicherung unseres Zusammenlebens. Wir sprechen uns klar gegen jedwede Beschränkung auf reaktionäre Familienbilder, wie sie bspw. von der AfD propagiert werden, aus. Für uns ist selbstverständlich, dass familiäre Vielfalt über die klassische Vater-Mutter-Kind-Familie hinaus geht und anerkannt werden muss. Die SPD unterstützt daher Familien in ihrer Vielfalt. Wir setzen uns für ein modernes Familienrecht ein, das die unterschiedlichen Familienformen widerspiegelt. Familien mit verheirateten oder unverheirateten, gemischt- oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein erziehend; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Die SPD wird für Klarheit in all diesen Konstellationen sorgen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. Dabei steht allein das Kindeswohl im Mittelpunkt. Das bedeutet selbstverständlich auch, dass Regenbogenfamilien in Verwaltung, Jugendämtern und Schulen die gleiche Anerkennung wie alle Familien erfahren und neben diesen gleichberechtigt wahrgenommen werden. Um dies zu erreichen, wollen wir verstärkt durch Aufklärung und Information als auch in der Aus- und Weiterbildung für eine Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen sorgen.

Um der Vielfalt von Familienformen gerecht werden zu können, bedarf es unter anderem einer Reform des Abstammungsrechts. Insbesondere für Kinder, die künftig in eine gleichgeschlechtliche Ehe hineingeboren werden, ist dies von entscheidender Bedeutung. Zum Ende der laufenden Legislaturperiode hat eine Expertenkommission im Auftrag des Bundesjustizministeriums bereits erste Vorschläge hierzu unterbreitet, die wir in einem breiten Diskussionsprozess auch mit der LSBTI*-Community aufgreifen werden.

3 Schule als Ort für Respekt und Vielfalt

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in den Schulen altersgerecht der Bereich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität stärker thematisiert wird? Wenn ja: Wie wollen Sie dies erreichen?

„Schwule Sau“ etc. ist noch immer eines der meistverwendeten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass LSBTI-Jugendliche nicht unter Mobbing und Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen ihrer Altersgruppe leiden müssen und Schule auch für sie ein Ort des Respekts und der Vielfalt ist?*

Wir tragen mit unserer Politik dazu bei, die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTI* zu stärken. Das bedeutet nicht nur, ihre soziale und rechtliche Lage zu verbessern. Bereits in Kita und Schule sollen verschiedene Lebensweisen sowie sexuelle und geschlechtliche Identitäten zum Thema gemacht werden – alters- und entwicklungsgerecht. Dies ist entsprechend dem aktuellen Stand der pädagogischen Didaktik in den Unterrichtsrahmenplänen der Länder aber auch in den Schulbüchern zu berücksichtigen. Lern- und Lehrmaterial muss die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbilden. Des Weiteren nehmen wir die praxisgerechte Ausbildung der Erzieher*innen sowie Lehrkräfte in den Blick. Sie treffen in ihrem Beruf auf immer neue und vielfältigere Herausforderungen, denen sie aktiv und engagiert begegnen müssen. Wir müssen sie fit machen, sich Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung konsequent entgegen stellen zu können. Erzieher*innen werden wir von Bundeseite durch eine Fachkräfteoffensive unterstützen. Ebenso entwickeln wir die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern weiter.

Wir wollen, dass ein Klima der Akzeptanz und des Respektes an unseren Schulen herrscht. Dabei ist die Aufklärung über das Anderseins ein wichtiges Instrument, um Vorurteile abzubauen und die daraus resultierende Ablehnung sowie Beleidigungen vorzubeugen. Für uns gehört es daher zu den wichtigsten Aufgaben der Schule, dass junge Leute lernen, auftretende Konflikte gewaltfrei und ohne Beleidigungen zu lösen. Kinder und Jugendliche müssen lernen, dass Beleidigungen jeglicher Art und gegenüber jeden Menschen weder auf den Schulhof, in den Unterrichtsräumen, auf den Schulweg oder sonst in der Freizeit geduldet werden. Dies gilt für Begriffe wie „schwule Sau“ genauso wie für rassistische oder antisemitische Beleidigungen. Dabei kommt den Schulleitungen und Lehrkräften eine besonders wichtige Rolle zu.

Neben der altersgerechten Aufklärung im Unterricht als Prävention ist es wichtig, dass bei entsprechenden Vorkommnissen sofort gehandelt wird. Durch entsprechende Fort- und Weiterbildung müssen die Schulen und Lehrkräfte regelmäßig sensibilisiert, dass Beleidigungen kein Kavaliersdelikt sind und welche Handlungsmöglichkeiten sie haben, um einzuschreiten. Auf Landesebene bietet zum Beispiel das Institut für Qualitätsmanagement M-V (IQMV) hierzu Fort- und Weiterbildungskurse an.

4 Homo- und Transphobie im Sport

Wollen Sie Informations- und Aufklärungskampagnen – auch finanziell – unterstützen, die Homo- und Transphobie im Sport die Rote Karte zeigen?

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen derart ergänzt werden, dass sie auch eine Diskriminierung von Personen aufgrund der sexuellen Orientierung untersagen?

Sport ist eine gute Gelegenheit, Vielfalt zu fördern. Wir werden Sportorganisationen auf allen Ebenen, im Profi- und Breitensport, gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sensibilisieren und die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des organisierten Sports zur Sensibilisierung von Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Kampf- und Schiedsrichtenden sowie Funktionär*innen im Umgang mit LSBTI* unterstützen.

Die SPD wird die Rahmenbedingungen schaffen, damit im Sportbereich Projekte realisiert werden können, die sich gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie stellen und die Sportorganisationen bei der Umsetzung der Berliner Erklärung von 2013 sowie der eigenen Satzungen bezüglich des Eintretens für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz sowie gegen Homophobie im Sport unterstützen. In diesem Sinne wollen wir den organisierten Sport zur Mitwirkung an Kampagnen und Projekten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Akzeptanz, gegen homophobe Gewalt motivieren und fördern.

5 Alter und Pflege

Das Leben älterer LSBTI hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Diese Generation lebt heute wesentlich offener als früher und möchte diese Freiheit auch im Alter nicht mehr missen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass künftig in der Altenarbeit und Pflege besser auf die spezifischen Lebenssituationen dieser Menschen eingegangen werden kann?*

Die SPD setzt sich dafür ein, dass ältere LSBTI* ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität offen leben können. Deshalb ist für uns der Anspruch, eine zeitgemäße Seniorenpolitik als eine von Respekt, Toleranz, Vielfalt und Offenheit für alle gesellschaftlichen Schichten getragene generationenübergreifende Politik zu gestalten, handlungsleitend. Insofern ist es unser Ziel, den Ge-

sundheits- und Pflegebereich in Gänze für das Thema der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt zu sensibilisieren und flächendeckend Angebote einer kultursensiblen Pflege zu ermöglichen. Dies umfasst insbesondere auch, den Aus- und Weiterbildungskanon in den entsprechenden Berufsbildern entsprechend anzupassen.

Für die SPD ist selbstverständlich, dass auch im Alter alle Menschen diskriminierungsfrei leben können müssen. Wir werden dafür sorgen, dass würdige Lebensbedingungen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt werden. Um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen, ist ein umfassender Dialog mit den entsprechenden Vereinen und Verbänden, bspw. auf Bundesebene mit der Bundesinteressensvertretung schwuler Senioren (BISS), erforderlich.

6 Homo- und transphobe Hasskriminalität effektiv bekämpfen

Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Delikte, die sich gegen die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität der Opfer richten, künftig besser von der Polizei erkannt und entsprechend erfasst werden? Welche Maßnahmen wollen Sie dafür ergreifen?

Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Anzeigebereitschaft bei Straftaten mit homo- bzw. transphoben Hintergrund gesteigert und somit das bestehende Dunkelfeld aufgehellert wird? Unterstützen Sie hierzu die Schaffung von LSBTI-Ansprechpartnern bei der Polizei?*

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Delikte, die sich gegen die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität der Opfer richten, besser erkannt und entsprechend erfasst werden. Dafür wollen wir – auf Bundes- wie auf Landesebene – Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Polizei und Justiz zur weiteren Sensibilisierung von Polizeibeamt*innen, Richter*innen, Staatsanwält*innen sowie Mitarbeiter*innen im Justizvollzug im Umgang mit LSBTI* weiterentwickeln.

Um die Anzeigebereitschaft bei Straftaten mit homo-, bi-, inter- oder transphobem Hintergrund zu steigern und damit das erhebliche Dunkelfeld aufzuhellen, bedarf es der Beseitigung der dafür ursächlichen Gründe wie etwa der Furcht vor dem Bekanntwerden der sexuellen Orientierung und vor dem die Anzeige aufnehmenden Beamten und dessen eventuell unsensiblen Verhalten, bspw. Beleidigungen oder gar Schuldzuweisungen. Entscheidend ist daher ein vorurteilsfreies und einfühlsames Verhalten der Beamten. Die bestehenden Ansprechpartner bei der Bundes- und Landespolizei wollen wir in die Lage versetzen, aktiv auf die LSBTI*-Community zuzugehen und eine progressive Opferberatung durchzuführen. Nur so kann es gelingen, Misstrauen und Vorurteile gegenüber der Polizei abzubauen und Betroffene zu einer Anzeige zu bewegen. Wichtiger Partner ist für uns dabei auch der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol), der dieses Anliegen bereits seit vielen Jahren verfolgt und auch eine Anlaufstelle für LSBTI*-Mitarbeiter*innen in der Polizei ist.

Unser Ziel ist, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität frei und sicher leben können. Wir stellen uns Hass entgegen. Wer zu Gewalttaten anstachelt oder Gewalt verübt, wird mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen. Die SPD hat in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass diejenigen, die aus dem Motiv Hass heraus Straftaten begehen, bei der Strafzumessung besonders zur Rechenschaft gezogen werden (§ 46 Strafgesetzbuch). Die SPD wird Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie weiter unterstützen und verstärken. Das zuständige Bundesministerium hat bereits entsprechende Initiativen gestartet, Forschung, Konferenzen und Projekte unterstützt und finanziert.

In der laufenden Legislaturperiode haben wir den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie erweitert. Dieser ist zu evaluieren und ggf. auszubauen.

Verbale Drohungen und Hassattacken müssen wir ebenfalls mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Dies gilt auch für soziale Medien. Sie sind kein rechtsfreier Raum. Wer im Internet Hass-Parolen veröffentlicht und zur Gewalt zum Beispiel gegen Minderheiten oder Schwächere aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz hat bei seiner Rede auf dem Bundesparteitag am 19. März 2017 in Berlin klar zum Ausdruck gebracht: „Menschen, die unerträglichen Rassismus und Antisemitismus, die Frauenfeindlichkeit und Homophobie wieder gesellschaftsfähig machen wollen, all diesen Rassisten, Extremisten und Populisten sage ich, sagt die gesamte SPD, den Kampf an!“

7 LSBTI*-Flüchtlinge

Wie wollen Sie erreichen, dass zuständige Behörden sowie Betreiber und Mitarbeitende von Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften für die Belange von LSBTI-Flüchtlinge sensibilisiert sind? Werden Sie sich dafür stark machen, dass Organisationen der Flüchtlingshilfe durch Seminare und Fortbildungen stärker über die Thematik informiert und lokale Unterstützungs- und Beratungsprojekte für LSBTI* Flüchtlinge etabliert werden?*

Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, damit alle am Asylverfahren Beteiligten um die Verfolgung aufgrund der sexuellen und Geschlechtsidentität als anerkannter Asylgrund wissen?

Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass LSBTI-Flüchtlinge in Unterkünften und anderen Einrichtungen vor homophoben Übergriffen geschützt werden?*

Schutzsuchende queere Menschen wollen wir ebenso wie alleinreisende Frauen, Kinder und Jugendliche, Schwangere und Frauen mit Kindern besonders schützen.

In der Personengruppe der Geflüchteten sind LSBTI* ein heikles Thema. Insbesondere Schutzsuchende aus muslimischen Herkunftsländern halten ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Identität sowohl gegenüber anderen Geflüchteten als auch gegenüber Behörden geheim, da sie einerseits Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen gemacht haben und andererseits auch in Deutschland neue Diskriminierungen und Übergriffe befürchten. Eine direkte Ansprache im Rahmen der Erstaufnahmeverfahren hat sich daher oftmals als schwierig erwiesen.

Leider ist festzustellen, dass viele Geflüchtete aus Scham oder Angst vor Diskriminierungen, eine Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität nicht oder erst spät als Fluchtgrund benennen – verbunden mit negativen Auswirkungen auf das Verfahren. Hinzu kommt oftmals die Sorge vor einem unfreiwilligen Outing im Herkunftsland im Falle einer Ablehnung.

Wir werden dafür sorgen, dass insbesondere die Mitarbeiter*innen sowie Entscheider*innen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über Verfolgung von LSBTI* als Asylgrund, aber auch das Personal in den Aufnahmeeinrichtungen und die Engagierten in den Organisationen der Flüchtlingshilfe für die besondere Situation und die Bedürfnisse von LSBTI* informiert und sensibilisiert sind. Vor allem auf die Gefahr für die körperliche Unversehrtheit dieser Personengruppe in den Einrichtungen ist dabei hinzuweisen. Gegenüber zentralen Einrichtungen

kann die Sicherheit von LSBTI* besser durch eine dezentrale, von anderen Geflüchteten räumlich getrennte Unterbringung gewährleistet werden.

Für uns als Sozialdemokrat*innen ist es zudem unverzichtbar, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Dazu ist es für uns selbstverständlich, für die Achtung der Menschenrechte von LSBTI* auch auf der internationalen Bühne einzutreten.

8 Rechtliche Gleichstellung

Wollen Sie sich für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einschließlich des Adoptionsrechtes einsetzen?

Werden Sie Initiativen für die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der „sexuellen Identität“ unterstützen bzw. initiieren?

Wer sich verspricht, in guten wie in schlechten Tagen füreinander da zu sein, der soll heiraten dürfen. Wir haben großen Respekt vor der Entscheidung all jener, die Verantwortung für „Wohl und Wehe“ eines Partners übernehmen. Das gilt selbstverständlich auch für gleichgeschlechtliche Paare. Wir freuen uns, dass es noch in der laufenden Legislaturperiode gelungen ist, die „Ehe für alle“ einschließlich des gemeinsamen Adoptionsrechtes umzusetzen. Die SPD dankt allen, insbesondere in der Community, die viele Jahre für dieses Thema gekämpft haben.

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die ausdrücklich ein gemeinsames Adoptionsrecht einschließt, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Eine Frage, ob man einen Teil der Bevölkerung diskriminiert oder nicht. Für Martin Schulz und die SPD ist die Ehe für alle daher „eine in Gesetz gegossene Realität einer aufgeklärten, modernen Gesellschaft“. Der 30. Juni 2017 war ein großer Tag für Deutschland. Für viele Menschen, die darauf gewartet haben, dass die gesellschaftliche Realität, die es in unserem Land seit langem gibt – nämlich, dass die Ehe für alle längst akzeptiert ist – jetzt auch einen gesetzlichen Rahmen bekommen hat.

Dieser Erfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie immer noch Alltag sind. In vielen Staaten der Welt, aber auch bei uns im Land. Das Schimpfwort „schwule Sau“ ist Alltag auch auf deutschen Schulhöfen. Deshalb werden wir uns weiter gemeinsam mit der Community dafür einsetzen, dass Schluss ist mit Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie. Seien Sie versichert, dass die SPD hier auch weiterhin fest an Ihrer Seite steht.

Die SPD bekämpft jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität diskriminiert werden! Wir wollen, dass alle Menschen frei und sicher leben können, mit gleichen Rechten und Pflichten. Um dies endlich unmissverständlich klarzustellen, werden wir dieses Diskriminierungsverbot in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Künftig soll er lauten: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, der sexuellen Identität, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Das ist ein wichtiger Schritt zur rechtlichen Gleichstellung von LSBTI*.